

Dr. Monika Vana, MdEP

Vielfalt verbinden - Die Vernetzung der Europäischen Städte ist wichtiger denn je!

In Vielfalt vereint, so lautet das Motto der Europäischen Union. Diese Vielfalt wird uns so richtig bewusst, wenn wir die zahlreichen Städte der EU betrachten. Von Handels- über Industriezentren bis hin zu Universitätsstädten oder Kulturhauptstädten: Städte können die verschiedensten Spezialisierungen, Schwerpunkte oder Stärken haben, und doch erfüllen sie alle ähnliche, grundlegende Funktionen. Und: Es sind immer Städte, von denen wichtige Impulse der Veränderung ausgehen, wo Lösungen für die Zukunft gefunden werden.

Städte sind massiv betroffen von Globalisierung und trotzdem boomen sie wie nie zuvor. Bereits heute wohnen mehr als 70 Prozent der EU-Bevölkerung in Städten, und dieser Anteil wird bis 2050 noch auf 80 Prozent steigen. Zahlreiche - vor allem westeuropäische - Städte sind heute mit einem Zuzug konfrontiert, der jenem des ausgehenden 19. Jahrhunderts ähnelt.

Es sind Städte, die über die soziale, wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung Europas entscheiden. Die Stadt als Ort des kulturellen Austauschs und der Vielfalt, als Ort des sozialen Fortschritts mit hohem sozialen Zusammenhalt, hochwertigen Arbeitsplätzen und starken öffentlichen Dienstleistungen, als Ort der ökologischen Erneuerung und Nachhaltigkeit.

Vernetzt gegen die neoliberale Agenda

Städte sind Orte der Veränderung. Ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass die Veränderung sozusagen in ihrer DNA liegt: Von den ersten Städten Mesopotamiens bis zur griechischen Polis, von der Pariser Kommune 1871 bis zu den ArbeiterInnenstreiks am Ende des ersten Weltkriegs, von der 68er-Bewegung bis zu alternativen Strukturen des Zusammenlebens wie der HausbesetzerInnenszene der 80er Jahre.

Auch der Widerstand gegen den Neoliberalismus á la Margaret Thatcher war in London am größten: Ken Livingstone, ab 1981 Vorsitzender des Greater London Council und vielen von uns bekannt für die spätere Einführung der City-Maut, setzte eine Reihe aufsehenerregender Maßnahmen durch, wie die Erhöhung der Grundsteuer zur Senkung der Preise für öffentlichen Verkehr, die Öffnung der County Hall für die Bevölkerung oder auch die Unterstützung der Frauenbewegung, Selbsthilfegruppen und Minderheiten.

Heute formiert sich in Städten Widerstand gegen die neoliberale Agenda, der mittlerweile auch auf EU-Ebene deutlich wahrgenommen wird. Dabei ist zu beobachten, dass Städte im-

mer vernetzter handeln, wenn es etwa um Re-Kommunalisierungen, den Ausbau des sozialen Wohnbaus oder das Nein zu Freihandelsabkommen wie TTIP/TISA/CETA geht.

Entgegen dem Trend zu Privatisierungen, hat beispielsweise das rot-grün regierte Paris 2010 die Wasserversorgung rekommunalisiert. Berlin folgte dem Beispiel 2013. Eine Europäische BürgerInneninitiative hat das „right to water“ erfolgreich gegenüber der EU-Kommission durchgesetzt. Ein klarer Erfolg für Städte und Zivilbevölkerung.

Auf Initiative des Wiener Bürgermeisters haben sich 2013 insgesamt 27 EU-BürgermeisterInnen gegen den Angriff der Kommission auf den sozialen Wohnbau und die Beschränkung staatlicher Beihilfen auf die sozial Schwächsten zur Wehr gesetzt. Und im Widerstand gegen Liberalisierungsdruck hat sich mittlerweile eine Allianz von mehr als 1.000 TTIP-freien Städten und Gemeinden formiert – in Europas Städten demonstrieren BürgerInnen unaufhaltsam gegen neoliberale Handels- und Dienstleistungsabkommen.

Vernetzung: Wien - Bratislava

Europas Städte vernetzen sich, um den Herausforderungen zu begegnen, die einen größeren territorialen Maßstab erfordern. Sie lernen voneinander und realisieren gemeinsame Projekte, denn nichts bereichert die Menschen mehr als der Austausch mit einer anderen Kultur.

Nicht weit von meiner Geburtsstadt ist ein sehr interessantes Beispiel zu sehen. Um genau zu sein, nicht einmal 80 Kilometer entfernt. Keine zwei anderen Hauptstädte in Europa liegen so nahe beieinander wie Wien und Bratislava, verbunden nicht nur durch eine gemeinsame Geschichte.

Sie sind auch Motoren des wirtschaftlichen Wohlstands im österreichisch-slowakischen Grenzgebiet. Die Europäische Kommission genehmigte 2015 das gemeinsame grenzübergreifende Kooperationsprogramm INTERREG mit einem Gesamtbudget von ca. 89 Millionen Euro, wovon ca. 76 Millionen Euro aus EU-Fördermitteln kommen. Neben gemeinsamen Forschungsinitiativen soll es auch Verkehrslösungen sowie Bildungsprogramme beinhalten.

Urban Agenda

Wir Grüne setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass in Städte investiert wird – das wichtigste Rezept gegen die Krise. Kaputtsparen ist kein zukunftsfähiges Konzept. Außerdem wollen wir, dass Städte mehr Mitsprache auf EU-Ebene erhalten. Besonders wichtig ist die Nutzung des Potentials der EU-Fonds.

Trotz einiger guter Initiativen fehlt es der EU aber bisher an einem Gesamtkonzept in der Zusammenarbeit mit Städten. Auf Druck des Europaparlaments hat der informelle Rat der EU-Stadtentwicklungs-MinisterInnen diesen Mai den sogenannten "**Pact of Amsterdam**" beschlossen, besser bekannt als **Urban Agenda**.¹ Die Urban Agenda soll zu einer besseren,

¹ Das Dokument ist unter: http://urbanagendaforthe.eu/wp-content/uploads/2016/05/Pact-of-Amsterdam_v7_WEB.pdf

direkten Zusammenarbeit zwischen der Union und der Städte beitragen. Besonders wichtig ist dabei, dass neben wirtschaftlichen und juristischen Aspekten vor allem auch die Themen Arbeit, Soziales und Umwelt einen großen Stellenwert einnehmen.

Enttäuschend ist bislang, dass die Zivilgesellschaft derzeit nicht in die Städteagenda eingebunden ist, seitens der NGOs ebenfalls nur einige ausgewählte. Wir Grüne im Europaparlament werden daher die Umsetzung der Urban Agenda im Auge behalten und uns weiter dafür einsetzen, dass Fehler in der Städteagenda möglichst rasch behoben werden. Europas BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Bewegungen sind die zentrale Antriebskraft für Veränderung und unsere BündnispartnerInnen bei der gemeinsamen Gestaltung unserer Zukunft.

Autorin

***Dr. Monika Vana, MdEP** ist seit 2014 Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Mitglied der Fraktion der Grünen/ Freie Europäische Allianz. Sie ist u.a. Mitglied im Regionalausschuss und im Haushaltsausschuss sowie Vizepräsidentin der Intergroup zu öffentlichen Dienstleistungen. Davor war sie 13 Jahre lang als Wiener Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete tätig; ab 2010 stv. Vorsitzende des Europaausschusses und 4. Vorsitzende des Wiener Gemeinderats; ab 2006 Mitglied der Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes und Vorstandsmitglied im Verband öffentlicher Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs.*

Kontakt: monika.vana@europarl.europa.eu

Weitere Informationen: www.monikavana.eu

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de